

beispielsweise sein deutsches Pendant, Finanzminister Theo Waigel. Dieses scheinbare Paradoxon lässt sich polit-ökonomisch mit der Notwendigkeit erklären, den Prozess der dramatisch zunehmenden Einkommensungleichheit unter der Thatcher-Regierung durch eine makroökonomisch orientierte Beschäftigungspolitik politisch stabilisieren zu müssen; vgl. Heise (1999).

<sup>4</sup> Vgl. Heise (2001).

<sup>5</sup> James D. Savage (1997) glaubt an eine außerökonomische Obsession der Amerikaner für ein ‚Null-Defizit‘, die ursächlich mit einer Aversion gegen überbordende Staatlichkeit in Zusammenhang stehe. Mit der allgemeinen kulturellen Hegemonie der USA mag also diese Obsession auch auf andere Länder übergreifen haben.

<sup>6</sup> Vgl. z.B. Schüssel, Hawlik (1983).

<sup>7</sup> Mittlerweile hat sich die Diskussion dahingehend verdichtet, den ausgeglichenen Haushalt gar als Verfassungsziel festzuschreiben.

<sup>8</sup> Der EU-Makrodialog sieht eine Verhaltensabstimmung der Lohn-, Geld- und Finanzpolitik vor, der SWP hingegen basiert auf der Annahme direkter Verantwortungszuweisungen an die einzelnen Politikbereiche (*Assignment*) – also gerade keine Kooperation; vgl. Heise (2001a).

<sup>9</sup> Vgl. z.B. Stiglitz (1988) 44ff.

<sup>10</sup> Unter Marktversagen werde Probleme privater Güterbereitstellung wie ‚natürliche Monopole‘, reine öffentliche Güter, Externalitäten, *Adverse-Selection*- und *Moral-Hazard*-Phänomene verstanden, die auch in der neo-walrasianischen Theorie wirtschaftspolitische Interventionen in begrenztem Umfang erforderlich machen.

<sup>11</sup> Vgl. Alesina, Perotti, Tavares (1998).

<sup>12</sup> Vgl. z.B. Oberhauser (1985).

<sup>13</sup> Eine Haushaltspolitik kann dann als nachhaltig bezeichnet werden, wenn ihre Handlungsspielräume auch in Zukunft unverändert bleiben. Die Handlungsspielräume wiederum werden durch den sogenannten Primärhaushalt bestimmt, der die Ausgaben um die Zinszahlungen bereinigt. In diesem Sinne ist die Nachhaltigkeit eines öffentlichen Haushaltes an die Konstanz der Schuldenquote gebunden.

<sup>14</sup> Das Auseinanderfallen von wachstumsoptimaler und konsolidierungsoptimaler Defizitquote ergibt sich aus der unterschiedlichen Zielsetzung der Haushaltspolitik. Im Falle der Wachstumsoptimierung wird die Neu-Verschuldung erst durch das Nachhaltigkeitskriterium begrenzt, bei der Konsolidierungsoptimierung hingegen bereits durch die zu maximierende Differenz zwischen realisiertem Wachstum und nachhaltiger Wachstumsanforderung; vgl. Heise (2001b).

<sup>15</sup> Vgl. z.B. Lesch (2000).

<sup>16</sup> Vgl. Lübke (1988) 155.

<sup>17</sup> Vgl. Breuss, Neck, Schebeck 1993.

<sup>18</sup> Die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung (s. Abb. 1) legt nahe, dass die Haushaltspolitik in den 90er Jahren insgesamt nicht als nachhaltig eingeschätzt werden kann und es deshalb – im Rahmen des SWP – einen geringen Konsolidierungs- oder Strukturänderungsbedarf (zur Steigerung des Ausgabenmultiplikators) gibt.

<sup>19</sup> An dieser Stelle muss auf die Problematik der Abgrenzung öffentlicher Investitionen von konsumtiven öffentlichen Ausgaben hingewiesen werden: Einerseits ist die Grenzziehung – Verfügbarkeit über mehrere Perioden – nicht immer eindeutig, andererseits erfordern öffentliche Investitionen i.d.R. komplementäre Konsumausgaben (Betriebsmittel). Zur Erfüllung der Nachhaltigkeitsforderung müssen deshalb die konsumtiven Komplementärausgaben entweder durch Gebühren oder Abgaben gedeckt werden oder aber der Multiplikator des Ausgabenmixes ausreichend hoch sein.

<sup>20</sup> Vgl. Arestis, McCauley, Sawyer (2001).